

02.11.94

A - U

Verordnung

**des Bundesministeriums
für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten**

Sechste Verordnung zur Änderung der Kulturpflanzen-Ausgleichs- zahlungs-Verordnung

A. Zielsetzung

Die Verordnung dient dem Erlaß ergänzender nationaler Vorschriften, deren Notwendigkeit sich hauptsächlich aus Änderungen und Ergänzungen des zugrunde liegenden Gemeinschaftsrechts ergibt.

B. Lösung

Erlaß der vorliegenden Verordnung.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Verordnung wird für den Bund und die Länder keine Kosten verursachen, da die Zweckausgaben von der EU getragen werden und im Verwaltungsverfahren keine Änderungen eintreten.

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, werden sich aus der Verordnung nicht ergeben, da die Vorschriften keine zusätzlichen Kosten für die Erzeuger und die übrigen Wirtschaftsbeteiligten verursachen.

02.11.94

A - U

Verordnung
des Bundesministeriums
für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten

Sechste Verordnung zur Änderung der Kulturpflanzen-Ausgleichs-
zahlungs-Verordnung

Der Chef
des Bundeskanzleramtes
021 (332) - 680 40 - Ma 103/94

Bonn, den 31. Oktober 1994

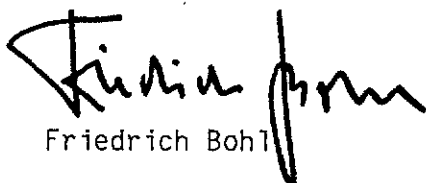
An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die von dem Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten zu erlassende

Sechste Verordnung zur Änderung der Kultur-
pflanzen-Ausgleichszahlungs-Verordnung

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Abs. 2 des
Grundgesetzes herbeizuführen.


Friedrich Bohl

10.

**Sechste Verordnung
zur Änderung der Kulturpflanzen-Ausgleichszahlungs-Verordnung
Vom ...**

Auf Grund des § 6 Abs. 1 Nr. 6, 7 und 19 und Abs. 5 und der §§ 15 und 16, jeweils in Verbindung mit § 6 Abs. 4 Satz 1, und des § 8 Abs. 1 Satz 1 sowie des § 36 Abs. 4 Satz 2 des Gesetzes zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisationen in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1986 (BGBl. I S. 1397), von denen § 6 Abs. 1, § 8 Abs. 1 Satz 1, § 15 Satz 1 und § 36 Abs. 4 Satz 2 durch Artikel 8 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1395) geändert worden sind, verordnet das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit den Bundesministerien der Finanzen und für Wirtschaft:

Artikel 1

Die Kulturpflanzen-Ausgleichszahlungs-Verordnung vom 3. Dezember 1992 (BGBl. I S. 1991), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 10. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2852), wird wie folgt geändert:

1. In § 3 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung nähere Einzelheiten hinsichtlich des ortsüblichen Anbaus und der Pflege der mit ausgleichszahlungsberechtigten Kulturpflanzen bebauten Flächen vorschreiben.“

2. § 10 Abs. 1 a wird wie folgt gefaßt:

„(1 a) Der Erzeuger kann ab dem 15. Juli auf den stillgelegten Flächen die Aussaat von Ackerfrüchten vorbereiten und vornehmen, die zur Ernte im folgenden Wirtschaftsjahr bestimmt sind, soweit dies aus ackerbaulichen Gründen vor dem Ende des Stilllegungszeitraums erforderlich ist.“

3. In § 11 Abs. 1 Nr. 2 wird das Wort „ursprünglich“ durch die Worte „vor der Zupacht“ ersetzt.

4. § 19 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.

b) Folgender neuer Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Ordnungswidrig nach § 36 Abs. 4 Satz 1 des Gesetzes zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisationen handelt, wer gegen die Verordnung (EWG) Nr. 334/93 der Kommission vom 15. Februar 1993 mit detaillierten Durchführungsbestimmungen für die Nutzung stillgelegter Flächen zur Erzeugung von Ausgangserzeugnissen, die in der Gemeinschaft zu nicht in erster Linie für Lebens- oder Futtermittelzwecke bestimmten Erzeugnissen verarbeitet werden (ABl. EG Nr. L 38 S. 12), geändert durch Verordnung (EG) Nr. 608/94 der Kommission vom 18. März 1994 (ABl. EG Nr. L 77 S. 7), verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen Artikel 8 Abs. 1 eine Kopie des dort genannten Vertrages nicht oder nicht rechtzeitig hinterlegt oder

2. entgegen Artikel 9 Abs. 1 Satz 2 einen Nachweis über die Hinterlegung der Sicherheit nicht oder nicht rechtzeitig erbringt.“

Artikel 2

Artikel 2 Satz 2 der Fünften Verordnung zur Änderung der Kulturpflanzen-Ausgleichszahlungs-Verordnung vom 10. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2852) wird aufgehoben.

Artikel 3

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten kann den Wortlaut der Kulturpflanzen-Ausgleichszahlungs-Verordnung in der vom Inkrafttreten dieser Verordnung an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den ... 1994

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Die Verordnung dient dem Erlaß ergänzender nationaler Vorschriften, deren Notwendigkeit sich hauptsächlich aus Änderungen und Ergänzungen des zugrunde liegenden Gemeinschaftsrechts ergibt.

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, werden sich aus der Verordnung nicht ergeben, da die Vorschriften keine zusätzlichen Kosten für die Erzeuger und die übrigen Wirtschaftsbeteiligten verursachen.

Die Verordnung wird für den Bund und die Länder keine Kosten verursachen, da die Zweckausgaben von der EU getragen werden und im Verwaltungsverfahren keine Änderungen eintreten.

B. Besonderer Teil

Artikel 1

Nr. 1

Ein Anspruch auf Ausgleichszahlungen im Rahmen der Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen besteht nur dann, wenn die Antragsflächen, auf denen Kulturpflanzen angebaut werden, vollständig nach ortsüblichen Normen eingesät und mindestens bis zur Blüte unter normalen Wachstumsbedingungen gepflegt werden (Art. 4 Abs. 1 VO (EWG) Nr. 2780/92 für Getreide, Art. 2 Buchstabe d VO (EWG) Nr. 2295/92 für Eiweißpflanzen, Art. 2 Abs. 1 Buchstabe d VO (EWG) Nr. 2294/92 für Ölsaaten und Art. 4 Abs. 1 VO (EWG) Nr. 2780/92 für anderen Lein als Faserlein).

Die vorgesehene Ermächtigung soll es den Bundesländern erleichtern, die ortsüblichen Normen für die Aussaat und Pflege in Form einer Rechtsnorm näher zu definieren, um die mißbräuchliche Beantragung von Ausgleichszahlungen besser ahnden zu können. Die Einführung einer solchen Ermächtigung entspricht einem Beschluß der Agrarministerkonferenz vom 23. September 1994.

Nr. 2

Die bisherige, auf Art. 3 Abs. 4 zweiter Spiegelanstrich VO (EG) Nr. 762/94 gestützte Regelung hat in der Praxis insoweit zu Schwierigkeiten geführt, als die Aussaat bestimmter Ackerfrüchte nach Ablauf der Stilllegungszeitraums nicht in allen Fällen rechtzeitig genug vorbereitet werden konnte.

Durch die nun eingeführte Möglichkeit der Saatbettvorbereitung vor Ablauf des Stilllegungszeitraums auch für solche Ackerfrüchte, deren Wachstumsbedingungen keine Aussaat vor dem Ende des Stilllegungszeitraums erfordern, wird die Regelung den Bedürfnissen der ackerbau-lichen Praxis angepaßt. Insbesondere soll dadurch die der fachlichen Praxis entsprechende Aus-saat von Wintergetreide auf zuvor stillgelegten Flächen ermöglicht werden.

Nr. 3

Durch die redaktionelle Änderung der Vorschrift sollen die in der Praxis aufgetretenen Schwie-
rigkeiten bei der Auslegung des bisherigen Wortlauts behoben werden. Eine materielle Rechts-
änderung erfolgt durch die Änderung nicht.

Nr. 4

Die Erfahrungen der ersten beiden Anwendungsjahre der Stützungsregelung für Erzeuger be-
stimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen haben gezeigt, daß die in Art. 8 Abs. 1 und Art. 9
Abs. 1 Satz 2 VO (EWG) Nr. 334/93 der Kommission vorgesehenen Gebote in zahlreichen
Fällen nicht beachtet wurden. Um hier Beanstandungen seitens der Europäischen Kommission
und dem Erlaß einschneidender gemeinschaftsrechtlicher Sanktionsvorschriften vorzubeugen,
soll die Nichtbeachtung der vorgenannten gemeinschaftsrechtlichen Gebote als Ordnungs-
widrigkeit verfolgt werden können.

Artikel 2

Die Fünfte Verordnung zur Änderung der Kulturpflanzen-Ausgleichszahlungs-Verordnung ist
als Eilverordnung, d.h. zunächst ohne Zustimmung des Bundesrates und deshalb auf sechs
Monate befristet, erlassen worden. Durch Artikel 2 wird die Befristung dieser Verordnung auf-
gehoben.

Artikel 3

Die Kulturpflanzen-Ausgleichszahlungs-Verordnung ist seit ihrem Inkrafttreten sieben Mal geändert worden. Um die praktische Handhabung des Verordnungstextes zu erleichtern, ist eine Neubekanntmachung angezeigt. Mit dieser Vorschrift wird das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ermächtigt, die Kulturpflanzen-Ausgleichszahlungs-Verordnung neu bekannt zu machen

Artikel 4

Diese Vorschrift regelt das Inkrafttreten der Verordnung.

2. The second part outlines the specific procedures and protocols that must be followed when recording transactions. This includes details on how data should be collected, stored, and reviewed to ensure its integrity and reliability.

3. The third part addresses the role of the management team in overseeing the record-keeping process. It stresses the need for regular communication and collaboration between different departments to ensure that all relevant information is captured and analyzed effectively.

4. The fourth part discusses the importance of regular audits and reviews to verify the accuracy of the records and identify any potential discrepancies or areas for improvement.

5. The fifth part concludes by reiterating the overall goal of the document, which is to establish a robust and reliable system for managing organizational records.

16.12.94**Beschluß
des Bundesrates**

**Sechste Verordnung zur Änderung der Kulturpflanzen-
Ausgleichszahlungs-Verordnung**

Der Bundesrat hat in seiner 678. Sitzung am 16. Dezember 1994 beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes nach Maßgabe nachstehender Änderungen zuzustimmen:

Zu Artikel 1 Nr. 3 (§ 11 Abs. 1 Nr. 2)

In Artikel 1 ist die Nummer 3 wie folgt zu fassen:

3. § 11 Abs. 1 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

a) Nach den Wörtern

"beantragt werden"

wird das Wort

"könnten"

eingefügt.

b) Das Wort

"ursprünglich"

wird durch die Wörter

"vor der Zupacht"

ersetzt.

Begründung:

Nach dem bisherigen Wortlaut der Verordnung findet die Zupachtregelung für Flächen Anwendung, für die Ausgleichszahlungen beantragt werden. Nach dieser Definition sind Betriebe, die ausreichend ackerfähige Fläche zugepach-

tet haben, von der jedoch ein Teil in dem betreffenden Antragsjahr nicht unter die Ausgleichszahlung fällt (Ackergras, Kartoffeln, Zuckerrüben), mit Sanktionen bedroht.

Beispiel 100 ha Betrieb:

100 ha Betrieb

20 ha Stilllegung bei einfacher Brache

28 ha Zupachtfläche

davon

10 ha Stilllegung

10 ha Getreide

8 ha Ackergras oder Kartoffeln

Da die Zupachtregelung bisher für Flächen gilt, für die Ausgleichszahlungen beantragt werden, sind die Voraussetzungen im o. a. Beispiel nach dem Wortlaut der VO nicht erfüllt.

Im Extremfall würde ein Landwirt, der mehr als 20% seiner Stilllegungsverpflichtung auf die Zupachtfläche gelegt hat und gleichzeitig andere Ackerfrüchte in dem Zupachtanteil angebaut hat, die gesamte Beihilfe verlieren.

Es ist daher erforderlich, die Ausnahmeregelung auf Zupachtfälle auszuweiten, wonach Flächen unter diese Regelung fallen, wenn für sie Ausgleichszahlungen "beantragt werden könnten". Somit würden alle ackerfähigen Flächen (Ausnahme: Dauergrünlandflächen) unter die Regelung fallen.

Mit der Mindestbewirtschaftungssperre wird in erster Linie das Ziel verfolgt, daß Betriebe nicht ihre gesamte Stilllegungsverpflichtung auf zugepachtete, ertragsschwache Standorte verlagern. Es sollen mit der Ausnahmeregelung jedoch nicht diejenigen Betriebe sanktioniert werden, die trotz umfangreicher Zupacht die Voraussetzung zur Verlagerung der Stilllegungsfläche verlieren, weil der an sich ausgleichszahlungsfähige Zupachtanteil anders genutzt wird.